

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 20 mm breite Zeile kostet 0,30 Goldmark für den ersten Tag, für den zweiten 0,25 Goldmark, für den dritten 0,20 Goldmark, für den vierten 0,15 Goldmark, für den fünften 0,10 Goldmark, für den sechsten 0,08 Goldmark, für den siebten 0,06 Goldmark, für den achten 0,05 Goldmark, für den neunten 0,04 Goldmark, für den zehnten 0,03 Goldmark. — Die Briefgebühr für Zuschriften beträgt 0,10 Goldmark. — Für die Aufnahme von Inseraten sind die Gebühren nach dem Tarif der Reichsanstalt zu zahlen.

Unabhängige Tageszeitung

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat 1 G. Mark bei freier Zustellung durch Post. — Der Bezug für einen Monat 2,00 Goldmark für die Dresdner-Exemplare monatlich 2 Mk. 15. — Kreuzbandabgaben: im Inlande einschließlich 0,90 Goldmark, nach dem Ausland 1,20 Goldmark. **Einzelnnummer 10 G. Pfennig**

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 2 0024, 27 951, 27 952, 27 953. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060

Nr. 170

Donnerstag, 23. Juli 1925

XXIII. Jahrg.

Plöckliche Schwentung Frankreichs

Fast einmütige Ablehnung der deutschen Note — Wenig Aussichten auf Verständigung. — Einigung in der Zollfrage

Die kommenden Zölle

Das Kompromiß der Regierungsparteien

Der Reichsminister der Finanzen (Herr Dr. Brüning) hat am Mittwoch den Reichstag über die bevorstehende Zolltarifänderung berichtet. Er hat die wichtigsten Punkte des Kompromißes zwischen der Regierung und den Oppositionsparteien dargestellt. Die Regierung hat sich bereit erklärt, die Zolltarife für den Zeitraum vom 1. Oktober 1925 bis zum 1. Juli 1927 auf dem Stande des Jahres 1924 zu belassen. Die Oppositionsparteien haben sich damit abgefunden, daß die Regierung die Zolltarife für den Zeitraum vom 1. Oktober 1925 bis zum 1. Juli 1927 auf dem Stande des Jahres 1924 zu belassen wird.

Die Regierungsparteien sind sich einig, daß die Zolltarife für den Zeitraum vom 1. Oktober 1925 bis zum 1. Juli 1927 auf dem Stande des Jahres 1924 zu belassen werden. Die Oppositionsparteien haben sich damit abgefunden, daß die Regierung die Zolltarife für den Zeitraum vom 1. Oktober 1925 bis zum 1. Juli 1927 auf dem Stande des Jahres 1924 zu belassen wird.

Die Regierungsparteien sind sich einig, daß die Zolltarife für den Zeitraum vom 1. Oktober 1925 bis zum 1. Juli 1927 auf dem Stande des Jahres 1924 zu belassen werden. Die Oppositionsparteien haben sich damit abgefunden, daß die Regierung die Zolltarife für den Zeitraum vom 1. Oktober 1925 bis zum 1. Juli 1927 auf dem Stande des Jahres 1924 zu belassen wird.

Die Regierungsparteien sind sich einig, daß die Zolltarife für den Zeitraum vom 1. Oktober 1925 bis zum 1. Juli 1927 auf dem Stande des Jahres 1924 zu belassen werden. Die Oppositionsparteien haben sich damit abgefunden, daß die Regierung die Zolltarife für den Zeitraum vom 1. Oktober 1925 bis zum 1. Juli 1927 auf dem Stande des Jahres 1924 zu belassen wird.

Die Regierungsparteien sind sich einig, daß die Zolltarife für den Zeitraum vom 1. Oktober 1925 bis zum 1. Juli 1927 auf dem Stande des Jahres 1924 zu belassen werden. Die Oppositionsparteien haben sich damit abgefunden, daß die Regierung die Zolltarife für den Zeitraum vom 1. Oktober 1925 bis zum 1. Juli 1927 auf dem Stande des Jahres 1924 zu belassen wird.

Die Regierungsparteien sind sich einig, daß die Zolltarife für den Zeitraum vom 1. Oktober 1925 bis zum 1. Juli 1927 auf dem Stande des Jahres 1924 zu belassen werden. Die Oppositionsparteien haben sich damit abgefunden, daß die Regierung die Zolltarife für den Zeitraum vom 1. Oktober 1925 bis zum 1. Juli 1927 auf dem Stande des Jahres 1924 zu belassen wird.

Der Reichsminister der Finanzen (Herr Dr. Brüning) hat am Mittwoch den Reichstag über die bevorstehende Zolltarifänderung berichtet. Er hat die wichtigsten Punkte des Kompromißes zwischen der Regierung und den Oppositionsparteien dargestellt. Die Regierung hat sich bereit erklärt, die Zolltarife für den Zeitraum vom 1. Oktober 1925 bis zum 1. Juli 1927 auf dem Stande des Jahres 1924 zu belassen. Die Oppositionsparteien haben sich damit abgefunden, daß die Regierung die Zolltarife für den Zeitraum vom 1. Oktober 1925 bis zum 1. Juli 1927 auf dem Stande des Jahres 1924 zu belassen wird.

Die Regierungsparteien sind sich einig, daß die Zolltarife für den Zeitraum vom 1. Oktober 1925 bis zum 1. Juli 1927 auf dem Stande des Jahres 1924 zu belassen werden. Die Oppositionsparteien haben sich damit abgefunden, daß die Regierung die Zolltarife für den Zeitraum vom 1. Oktober 1925 bis zum 1. Juli 1927 auf dem Stande des Jahres 1924 zu belassen wird.

Die Regierungsparteien sind sich einig, daß die Zolltarife für den Zeitraum vom 1. Oktober 1925 bis zum 1. Juli 1927 auf dem Stande des Jahres 1924 zu belassen werden. Die Oppositionsparteien haben sich damit abgefunden, daß die Regierung die Zolltarife für den Zeitraum vom 1. Oktober 1925 bis zum 1. Juli 1927 auf dem Stande des Jahres 1924 zu belassen wird.

Die Regierungsparteien sind sich einig, daß die Zolltarife für den Zeitraum vom 1. Oktober 1925 bis zum 1. Juli 1927 auf dem Stande des Jahres 1924 zu belassen werden. Die Oppositionsparteien haben sich damit abgefunden, daß die Regierung die Zolltarife für den Zeitraum vom 1. Oktober 1925 bis zum 1. Juli 1927 auf dem Stande des Jahres 1924 zu belassen wird.

Die Regierungsparteien sind sich einig, daß die Zolltarife für den Zeitraum vom 1. Oktober 1925 bis zum 1. Juli 1927 auf dem Stande des Jahres 1924 zu belassen werden. Die Oppositionsparteien haben sich damit abgefunden, daß die Regierung die Zolltarife für den Zeitraum vom 1. Oktober 1925 bis zum 1. Juli 1927 auf dem Stande des Jahres 1924 zu belassen wird.

Die Regierungsparteien sind sich einig, daß die Zolltarife für den Zeitraum vom 1. Oktober 1925 bis zum 1. Juli 1927 auf dem Stande des Jahres 1924 zu belassen werden. Die Oppositionsparteien haben sich damit abgefunden, daß die Regierung die Zolltarife für den Zeitraum vom 1. Oktober 1925 bis zum 1. Juli 1927 auf dem Stande des Jahres 1924 zu belassen wird.

Deutschlands Außenpolitik

Die Grundlinien unserer Antwort an Briand

In der Tagespolitik dieser Tage wird der Kanzler nunmehr den Deutschen Reichstag die lange erwartete und viel verlangte Rede über die Außenpolitik abhalten lassen. Da die Antwortnote in der Öffentlichkeit veröffentlicht wurde und in der in- und ausländischen Presse bereits eine lebhafte Diskussion über sie im Gange ist, so bleibt eigentlich für die heutige Nachmittags-Sitzung wenig Unterhaltungsstoff übrig, und das durch die forcierte Arbeit in den Ausschüssen bereits ziemlich ermüdete Parlament, in dem sich die dringlichen Urlaubsgesuche zu mehreren beginnen, dürfte wenig Lust zeigen, ausgerechnet heute mittags, zu einer Stunde, wo die Tagestemperatur geruhsam auf das höchste gestiegen zu sein pflegt, eine groß angelegte Debatte zu führen. Um so mehr, als man eigentlich abgesehen von den Grüpplein, die sich um Herrn Baron Freytag-Vorlinghausen und seine Bundesgenossen zur Linken, Frau Ruth Fischer, Schwarz, ziemlich einhellig von Rechts bis zu Breitscheid die Grundgedanken dieser Note billigt.

So dürfte denn die heutige Sitzung ebenjenseits Ueberraschungen bringen wie die Note selbst. Der Bericht nämlich ist keine. Und die Kritik der Note, die sich wie es ist in der Woche erhebt, behält immer noch die gleichen altbekannten Rufen: Rheinlandrat, Schiedsverträge, Artikel 16 des Völkerbundespatents.

Die deutsche Note die in erster Linie die Kritik eines Juristen auf das ebenfalls von juristischen Gängen redigierter Memorandum Briand ist, zerfällt in drei Teile. Im ersten Teil ist sie mit der Bemerkung Briands der Sicherheitspolitik durch keinerlei Veränderung der Friedensverträge mit sich belassen, und stellt dazu fest, daß der Abschluß des Paktes selbst natürlich keine Veränderung der Verträge bedeutet, daß die deutsche Regierung aber ganz selbstverständlich sich alle Möglichkeiten einer friedlichen Revision der Verträge vorbehalten, wie dies ja auch von den Schöpfern des Friedensvertrages selbstverständlich vorgesehen worden ist. Ferner wird betont, daß der Abschluß des Paktes selbst natürlich keine Veränderung der Verträge bedeutet, daß die deutsche Regierung aber ganz selbstverständlich sich alle Möglichkeiten einer friedlichen Revision der Verträge vorbehalten, wie dies ja auch von den Schöpfern des Friedensvertrages selbstverständlich vorgesehen worden ist.

Im zweiten Teil setzt man sich dann dialektisch außerordentlich geschickt mit dem schwerwiegendsten Klag der Note Briands auseinander, nämlich dem System der im Osten und Westen zu schließenden Schiedsverträge. Deutschland hat dabei beinahe die gleichen Verträge im Sinne, wie es sie mit der Schweiz geschlossen hat und demnach mit Finnland und Schweden abschließen wird. Die französische Note dagegen sieht absolut in allen Fragen nur juristisch bindende obligatorische Verträge vor. Frankreich setzt sich ferner selbst — und das ist das Wichtigste — zum Garant dieser Verträge ein. Eine solche Regelung ist für Deutschland natürlich völlig unannehmbar. Ein Beispiel möge dies erläutern. Kommt es zu einem deutsch-polnischen Konflikt, so hätten, falls der französische Gedanke durchgeführt würde, zunächst die Schiedsbehörde und dann der Völkerbund zu richten. Soweit wäre die Sache in Ordnung. Kommt es aber dann zu irgendwelchen deutsch-polnischen Grenzstreitigkeiten kleinerer Art, was bei der Eröfnung der Gemüter leicht möglich ist, und führt dieser Zwischenfall zu ersten Kampfhandlungen, so hätte Frankreich als Garant des Schiedsvertrages das Recht, zu bestimmen, wer der Angreifer sei, und gegen den Angreifer ohne weiteres zu marschieren. Da Frankreich in einem Schiedsvertrag mit Polen Recht ist es ganz selbstverständlich, daß Deutschland kein Angreifer wäre, gegen den Frankreich nach Belieben und ohne daß der Völkerbund eingreifen könnte, vorgehen könnte. Ferner behält sich Frankreich als Ausnahme auch noch, wenn auch in verklausulierter Form, Sonderaktionen im Falle von Verletzungen des Rheinlandrats oder des Friedensvertrages vor, aber deren Notwendigkeit es natürlich selbst entscheiden darf.

Es gelangt der deutschen Note ganz ausgezeichnet, die Unmöglichkeit des französischen Standpunktes klarzustellen. Dieser Teil der Note scheint vor allem Englands großen Beifall gefunden zu haben, denn die gesamte englische Presse kann sich nicht genug tun in Lobeserhebungen über die überaus geschickte, klare und glückliche Form der deutschen Note, wobei der Daily Telegraph vertritt, daß gerade diese Gründe der Garantien und der Konventionen bei den bisherigen Verhandlungen zwischen Paris und London in der Schweiz geblieben seien und daß die Diskussion hierüber „auf der glücklichen deutschen Anregung maßgebend“ sei. Bei dieser Gelegenheit wird auch bemerkt, daß diese glückliche deutsche Anregung maßgebend sei, und daß diese glückliche deutsche Anregung maßgebend sei.

Es gibt optimistische Kreise in Deutschland, die sich darin eine hoffnungsvolle Zukunft sehen und immer erneut vor dem englischen Einfluß warnen zu müssen glauben. Sicherlich ist der englische Einfluß groß, war vor allem groß beim Aufbau-

berigen Verhandlungen zwischen Paris und London in der Schweiz geblieben seien und daß die Diskussion hierüber „auf der glücklichen deutschen Anregung maßgebend“ sei. Bei dieser Gelegenheit wird auch bemerkt, daß diese glückliche deutsche Anregung maßgebend sei, und daß diese glückliche deutsche Anregung maßgebend sei.

Im letzten Teile der Note entwirft sich vom Völkerbund gesprochen. Deutschland sieht auf dem Standpunkt, daß der Abschluß des Sicherheitspaktes nicht unbedingt den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund voraussetzt. Da aber die Alliierten diesen Eintritt für unbedingt notwendig halten, ist Deutschland bereit, dem Wunsch der Alliierten entgegenzukommen und in den Völkerbund halbamtlich einzutreten, falls eine Erklärung über Artikel 16 des Völkerbundespatents erteilt werden kann.

Dieser Artikel 16 regelt bekanntlich die Völkerbundrevision und bestimmt, daß, wenn der Völkerbund durch die Ereignisse gegen einen friedensgefährlichen Beschluß, alle Staaten vor dem Völkerbund zur Verantwortung gezogen werden können, die er besonders beizutreten, den wirtschaftlichen und militärischen Kampf gegen den Friedensbrücker aufnehmen haben. Für Deutschland käme in diesem Falle vor allen Dingen die Verpflichtung im Völkerbund, seine Grenzen einem nach Osten marschierenden Völkerbundheer zu öffnen. Die deutsche Regierung lehnt es ab, diesen Artikel anzuerkennen.

Von alliierter Seite wird zwar stets betont, daß alle Mitglieder des Völkerbundes gleiche Rechte und infolgedessen auch gleiche Pflichten hätten. Für Deutschland liegt der Fall anders. Deutschland würde nur die gleichen Pflichten übernehmen, ohne die gleichen Rechte auszuüben. Formell hätte es allerdings diese gleichen Rechte, wenn man will ihm einen künftigen Sitz im Völkerbundrat zugestehen. Aber während hinter den anderen Mitgliedern des Rates die Millionenheere, die Flugzeuggeschwader, die Flotten und die gigantischen Munitionswerte stehen, hat der deutsche Vertreter im Rate nur eine schwache Dundertausendmann-Armee ohne genügendes Kriegsmaterial, ohne moderne Flugzeuge, ohne Tanks und Gasmaschinen hinter sich. Das ist die Gleichheit des Schwefels in der Verfassung der Völker.

Sehr geschickt vermeidet es die deutsche Note, den Artikel 16 prinzipiell abzulehnen. Sie schlägt lediglich ein Übergangsregime vor, das Deutschland von der Erfüllung dieses Artikels in ähnlicher Weise befreit wie die Schweiz, bis die einseitige Abrüstung Deutschlands erfolgt worden ist durch die ja im Völkerbund vorgelebene allgemeine Abrüstung aller übrigen Staaten. Es nimmt nicht weiter wunder, daß gerade dieser letzte Vorschlag in Paris auf besonders entzückte Ablehnung gestoßen ist. Man erkennt sehr wohl die Stärke des deutschen Arguments in diesem Punkte und möchte ihre Wirkung sofort durch eine lebende Schimpfkampagne erlösen.

Uebrigens hat die Stimmung in Paris, die zunächst nicht ungünstig erschien, bereits stark umgeschlagen. Es ist folgendes festzustellen: Die Zustimmung zur deutschen Note ist in Deutschland ebenso einhellig, wie einstimmig die Ablehnung des Memorandums Briands. In Frankreich war die Zustimmung zum Memorandum Briands ebenso einhellig wie die Ablehnung der deutschen Note. Das heißt: zwischen dem deutschen und dem französischen Standpunkt besteht vorläufig eine unaberrückbare Kluft, und man kann dem besten Willen nicht sehen, auf welche Weise aber diese Kluft eine Brücke geschlossen werden soll.

Frankreich will Deutschland in sein System hineinpressen. Es will die Hierarchie, die der französische Imperialismus in Europa errichtet hat, durch die Einbeziehung Deutschlands vollenden. Deutschland wird auf der unteren Stufe dieser Hierarchie von Schwab- und Bündnisstaaten stehen. Ganz ohne Recht Frankreich, ihm folgen die halbsovereänen Vasallenstaaten, die Deutschland im Osten und Südosten umgürten, und ganz zuletzt würde das Deutsche Reich kommen, bei dem die Souveränität nach der Annahme eines solchen Sicherheitspaktes nur noch eine leere Fiktion wäre.

Es gibt optimistische Kreise in Deutschland, die sich darin eine hoffnungsvolle Zukunft sehen und immer erneut vor dem englischen Einfluß warnen zu müssen glauben. Sicherlich ist der englische Einfluß groß, war vor allem groß beim Aufbau-

Unerhörte Behandlung der hessischen Regierung

Telegramm unseres Korrespondenten

Die hessische Regierung und der hessische Landtag folgten gestern einer Einladung der Stadt Mainz zur Besichtigung ihrer Kundgebung und der Bauarbeiten am Dom. Bei Antritt des Tages, der die Höhe von Darmstadt brachte, ließen die Franzosen alle Ausgänge des Kaiser-Bahnhofs bis auf einen schließen und unterzogen die ankommenden Vertreter der hessischen Staatsregierung mit den übrigen Reisenden einem Verhör. Jeder Vorwurfs wurde hin- und hergewendet, die Gesetze wurden gerächt, Fragen gestellt usw. Von diesem schändlichen Verhör waren selbst die Minister nicht ausgenommen. Auf diese Weise dauerte es 1 1/2 Stunden, bis die letzten Abgeordneten die Grenze passiert hatten, so daß das vorgezeichnete Programm der hessischen Einreisenden erfüllt wurde.

Schwerer Zwischenfall in Italien

Rom, 22. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Führer der Opposition, Amendola, wurde in Monte Galini, wo er zur Kur weilte, von Faschisten und dem Hotel geölt und auf der Fahrt im Kraftwagen nach Florenz überfallen. Er wurde darauf verwundet, daß er jetzt in Rom das Bett hüten muß. Die faschistischen Mörder bedauern den Vorfall und erklären ihn mit der hochgradigen Nervosität, die durch das Verhalten der Opposition in den letzten Tagen hervorgerufen sein soll.